

Berlin, 05.03.2021

Pressemitteilung

Zum Internationalen Frauentag am 8. März: Berliner Sozialgipfel fordert Soforthilfen für benachteiligte Frauen

Nach wie vor sind Frauen in Berlin in vielen Bereichen benachteiligt. Die Corona-Pandemie verschärft diese Benachteiligungen. Darauf macht das Berliner Sozialgipfelbündnis aus Anlass des Internationalen Frauentages am 8. März in einer Erklärung aufmerksam (siehe Anhang). Das Bündnis besteht aus Gewerkschaften, Sozialverbänden und dem Berliner Mieterverein. Es fordert unter anderem einen Gleichstellungs-Check für die Corona-Politik, die Bekämpfung prekärer Beschäftigung, monatlich 100 Euro Corona-Soforthilfe für benachteiligte Frauen und mehr Schutz vor Gewalt.

Ina Czyborra, Vorsitzende AWO Landesverband Berlin e.V.:

„Frauen haben in der Krise schon viele Lasten getragen, im Gesundheits- und Bildungswesen, in der Sorgearbeit zu Hause, durch Lohneinbußen und Jobverluste. Sie dürfen nicht ein drittes Mal Opfer der Krise werden, indem sie weniger von Hilfspaketen profitieren und Einsparungen in den Finanzen von Bund und Ländern auch noch zu ihren Lasten gehen. Wir brauen eine geschlechtergerechte Haushaltspolitik in und nach der Krise.“

Ursula Engelen-Kefer, Vorsitzende SoVD Landesverband Berlin-Brandenburg e.V.:

„Wir werden soziale Sparmaßnahmen zu Lasten der Frauen mit aller Entschiedenheit bekämpfen. Wir streiten für Geschlechtergerechtigkeit bei den Altersrenten und gegen die Falle für Altersarmut durch über sieben Millionen Minijobs, davon zwei Drittel für Frauen. Überfällig ist ebenfalls der Ausbau der Kita-Betreuung und der öffentlichen Pflegedienstleistungen. Wir fordern einen monatlichen Corona-Zuschuss in Höhe von 100 Euro für von Hartz IV lebende Frauen sowie eine armutsfeste Erhöhung der Regelbedarfe.“

Susanne Feldkötter, Vorsitzende Bezirksfrauenausschusses des DGB Berlin-Brandenburg:

„Eine Aufwertung in den systemrelevanten Bereichen Gesundheit, Pflege, Erziehung und Einzelhandel ist überfällig. Wir brauchen starke flächendeckende und allgemeinverbindliche Tarifverträge mit fairen Arbeitsbedingungen. Zudem brauchen vor allem niedrig entlohnte Frauen vom ersten Tag an ein höheres Kurzarbeitergeld. Das Kinderkrankengeld muss für alle Tage der geschlossenen Betreuungseinrichtungen gezahlt werden.“

Dr. Uwe Klett, Vorstandsvorsitzender Volkssolidarität Landesverband Berlin e.V.:

„Viele geflüchtete Frauen wollen so schnell wie möglich Deutsch lernen und dann arbeiten. Damit verbinden sie die Vision eines selbstbestimmten, finanziell unabhängigen Lebens. Sie brauchen an Kinderbetreuung gebundenen Angebote, mit denen sie sich bilden und eine Arbeit finden können – auch in der Pandemie. So können sie vielen Mädchen und Jungen positive Rollenvorbilder sein.“

Silvana Radicione, Geschäftsführerin Sozialverband VdK Berlin-Brandenburg e.V.:

„Die in der Pandemie verstärkt auftretende häusliche Gewalt gegen Kinder und Frauen macht sie zu doppelten Opfern! Wir brauchen langfristige nachhaltig wirkende finanzielle und psychosoziale Lösungsstrategien, die nicht nur die akuten Verletzungen eindämmen, sondern die entschlossen einem Verlust der Lebensperspektive entgegenwirken!“

Reiner Wild, Geschäftsführer Berliner Mieterverein:

„Die zugespitzte Situation auf dem Wohnungsmarkt wird auch deutlich an der räumlichen Enge bzw. der „Überbelegung“ von Wohnungen. Rund 6,4 Millionen Menschen waren deutschlandweit davon betroffen, in Städten wohnen fast 13 Prozent der Bevölkerung auf zu engem Raum. Eine überdurchschnittlich hohe Überbelegung von 19 Prozent trifft Alleinerziehende, bei denen es sich nach wie vor weit überwiegend um Frauen handelt. Damit Alleinerziehende auf dem Wohnungsmarkt mehr Zugang zu angemessenen Wohnungen erhalten, müssen kommunale Belegungsrechte über Kontingentregeln geschaffen werden.“

Die Volkssolidarität ist der größte Sozial- und Wohlfahrtsverband in Ostdeutschland. Wir wurden am 17. Oktober 1945 in einem gemeinsamen Aufruf von Parteien, Kirchen und Gewerkschaften zu „Volkssolidarität gegen Wintersnot“ gegründet. Allein in Berlin haben wir 14.500 Mitglieder und beschäftigen in unserem gemeinnützigen Unternehmensverbund 2.150 Mitarbeitende. Der Verbund versorgt täglich 2.500 Senior*innen stationär und ambulant. Wir betreiben in Berlin acht Kindertageseinrichtungen, einen Fahrbaren Mittagstisch, zahlreiche Projekte und Einrichtungen in Nachbarschaften sowie neun Seniorenwohnheime und sieben Sozialstationen für ambulante Pflege zu Hause.

Mehr unter www.volkssolidaritaet-berlin.de

Kontakt

Constance Frey

Leitung Kommunikation

Volkssolidarität Landesverband Berlin e. V.

Storkower Straße 111, 10407 Berlin

Telefon +49 (0)30 403 66-10 20, Fax +49 (0)30 403 66-14 99

Constance.Frey@volkssolidaritaet.de